

Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage "Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börsen.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 2/3 % Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich f. d. Redaktion (m. Ausnahme d. Handelsteils): i. V. Dr. W. H. Edwards in Bin. Wilmersdorf. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgez., wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 bis 11 852, sowie 15 277 und 15 281 bis 15 298. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der polnische Gegenstoß bei Grodno mißglückt.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

rt Königsberg i. Pr., 26. Juli.

Nach zuverlässigen Nachrichten von der Ostfront-Grenze ergibt sich folgende Kampflage: Die Hemmung, die der russische Vormarsch durch den Gegenstoß der Polen bei Grodno erlitt, scheint überwunden zu sein. Die russische Brandung schiebt sich gegen Bialystok vor. Um nicht abgedrängt zu werden, hat sich der äußerste Nordflügel der Polen aus der Gegend von Suwalki zurückgezogen. Die nördlichsten Vorhutten der Polen scheinen in der Gegend von Crasowo an der Bahn Duz-Bialystok-Dresl-Ostowst zu stehen. Eine Meldung, daß in Stobach - Ebdtkühner gegenüber - für zwei russische Kavallerie-Regimenter Quartier gemacht wird, gilt hier als unwahrscheinlich, weil von stärkeren russischen Kavallerie-Abteilungen in der Gegend von Grodno nichts bekannt ist. Polnische Verstärkungen deuten darauf hin, daß die Polen den Nordflügel ihrer Aufnahmestellung gegen die Südoßstede der Provinz Ostpreußen stützen wollen. Nach Flüchtlingsmeldungen ist der russische Stoßtrupp am Nordflügel nur wenige Kavallerie-Divisionen stark, mit schwacher Infanterie-Unterstützung gestaffelt. Russische Infanterie ist von Wilna aus im Vormarsch. Um Ostpreußen Neutralität gegen Grenzverletzungen zu sichern, sind Truppen des Reichswehrkommandos I in südöstlicher Richtung von Königsberg an den Grenzen des Abstimmungsgebietes konzentriert.

Der polnische Generalkommandobericht vom 24. Juli besagt, daß die Russen am 23. im Abschnitt Grodno - Ostroff zum Angriff übergingen. Südlich von Grodno überschritt russische Kavallerie den Njemen. Die Polen räumten die Njemenlinie. Auch von den übrigen Frontabschnitten werden noch Kämpfe gemeldet.

Polen als „rote Brücke“.

Das Kriegsspiel Troglis.

Amsterdam, 26. Juli. (W. Z. B.)

Eine hochschwedische Meldung vom 24. besagt: Troglis sagte in einer Rede, Polen werde binnen kurzem aufhören, ein „defensiver Puffer“ gegen Rußland zu sein; es werde vielmehr eine rote Brücke für die soziale Revolution ganz Westeuropas werden. Dies sei auch der Grund, weshalb die Entente die Unterstützung Polens fleherhaft steigere und weshalb die Bolschewisten sich bemühen müßten, die Herrschaft der „weißen Hosen“ unwiderruflich und endgültig zu verstoßen, bevor Hilfstruppen ankommen könnten.

Das Befinden Lloyd Georges.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

wt Paris, 26. Juli.

Der Londoner Berichterstatter des „Intransigent“ bestätigt, daß das Befinden Lloyd Georges, wie in seiner Umgebung offen eingestanden werde, viel zu wünschen übrig läßt. Die Mitglieder des Parlaments hätten während der letzten Rede des Premierministers seine Nervosität deutlich bemerken können. Lloyd George habe seine Rede nur mit Mühe zu Ende geführt. Besonders die Ereignisse in Irland hätten seinen Gesundheitszustand sehr ungünstig beeinflusst. Der Privatsekretär Lloyd Georges sei nach Luzern gereist, um dort eine Villa zu mieten, die der Premierminister den ganzen Monat August über bewohnen werde.

Französisches Lob für „L 72“.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

wt Paris, 26. Juli.

Der Wochenchronist der „Illustration“ widmet dem Empfang des Zeppelins „L 72“ in Mautherge einen längeren Artikel. Er findet, daß die Art, wie Frankreich das Luftschiff übernommen hat, einer begeisterten und äußerst wirksamen Huldigung für die deutsche Industrie gleichkomme. Minister, Staatssekretäre, hohe Offiziere seien nach Mautherge geeilt, um den Zeppelin zu bewundern. Sie hätten nach der Rückkehr nicht Worte genug finden können, um die Vorzüge des deutschen Luftschiffes lobend hervorzuheben. Sogar die deutsche Besatzung und ihr Landungsmandat seien in höchsten Tönen herausgerühmt worden. Es fehle nicht viel, so hätte man Beifall gestiftet. Der Mitarbeiter der „Illustration“ bezeichnet es als durchaus natürlich, daß die Schönheit des größten deutschen Luftschiffes Bewunderung erregt. Er meint, es wäre ebenso nutzlos wie kindisch, den technischen Fortschritten auf dem Gebiete der deutschen Luftschiffahrt die Anerkennung zu verweigern, aber er warnt vor Uebertreibung. Das Lob, das den Zeppelinen plötzlich von französischer Seite gesendet wird, erscheint ihm nicht, zumal nach den früheren Versuchen, die Zeppeline als wertlos hinzustellen. Der Chronist der „Illustration“ äußert zum Schluß die Hoffnung, daß der französische Wunsch nach Auslieferung einer „Bertha“, d. h. eines der Riesengeschütze, die Paris aus der Ferne beschossen, nicht erfüllt werde. Er glaubt, die Pariser würden der „Bertha“ einen ebenso begeisterten Empfang bereiten, und ihre Aufstellung würde den Charakter einer Verherrlichung annehmen.

nung zu verlagern, aber er warnt vor Uebertreibung. Das Lob, das den Zeppelinen plötzlich von französischer Seite gesendet wird, erscheint ihm nicht, zumal nach den früheren Versuchen, die Zeppeline als wertlos hinzustellen. Der Chronist der „Illustration“ äußert zum Schluß die Hoffnung, daß der französische Wunsch nach Auslieferung einer „Bertha“, d. h. eines der Riesengeschütze, die Paris aus der Ferne beschossen, nicht erfüllt werde. Er glaubt, die Pariser würden der „Bertha“ einen ebenso begeisterten Empfang bereiten, und ihre Aufstellung würde den Charakter einer Verherrlichung annehmen.

Spa vor dem Reichstag.

Fehrenbach und Simons.

Am Regierungstisch: Fehrenbach, Simons, Koch, Scholz u. Haumer, Dr. Wirth, Gehler.

Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Eöde eröffnet die Sitzung um 5 Uhr 25 Min. mit einer Ansprache, in der er ausführt, daß das stolze Abstimmungsergebnis in Ost- und Westpreußen einen in die Zukunft weisenden Lichtschein für unser Land bedeutet. (Lebhafter Beifall.) Zuversichtlich bilden wir auch der Abstimmung in Oberschlesien entgegen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Der Präsident dankt allen, die Strapazen langer Land- und Seereisen auf sich genommen haben, um für ihre Heimat Zeugnis abzulegen. (Lebhafter anhaltender Beifall.) Vom Bundesrat von Tirol ist ein Glückwunsch zu dem Abstimmungsergebnis eingegangen. (Lebhafter Beifall.)

Danach erfolgt die geschäftsordnungsmäßig notwendige nochmalige Wahl des Präsidiums ohne Veränderung in der Besetzung.

Die Konferenz in Spa.

Auf der Tagesordnung steht dann die Besprechung der Konferenz in Spa.

Reichskanzler Fehrenbach: Ich werde mich in meinem einleitenden Vortrag auf einige Bemerkungen allgemeiner Natur beschränken, weil über die Einzelheiten der Verhandlungen in Spa am besten die Ressortminister berichten, zumal der Außenminister Dr. Simons, der die Verhandlungen in Spa vorzugsweise geführt hat. Er hat sie geführt auf Grund seiner ausgezeichneten Kenntnisse auf dem Gebiete des Auswärtigen Amtes, dem er bis zum Versailler Frieden als Beamter angehört hat, er hat sie geführt auf Grund seiner hervorragenden wirtschaftlichen Kenntnisse, die er sich in besonders hervorragender Stellung erworben hat. Er hat sie geführt trotz der unendlichen Schwierigkeit der Aufgabe mit aller Hingabe seines reichen Könnens und ich fühle mich verpflichtet, namens des Kabinetts auch hier in diesem Hause dem Herrn Außenminister für die in Spa geleistete Arbeit den herzlichsten Dank auszusprechen. (Beifall.)

Wiel Rouss ist über die Verhandlungen in Spa nicht zu sagen. Es war nicht möglich, dem hohen Hause sofort nach unserer Rückkehr Bericht zu erstatten, und so ist der Bericht in halbamtlicher Weise durch die Presse erfolgt. Die Verhandlungen im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten boten unter zweckmäßiger Anwendung einer gewissen Deffektivität die Gelegenheit, das Ergebnis der Verhandlungen von Spa in seiner politischen Bedeutung durchzusprechen und zu würdigen. Sie wissen alle, daß wir mit einem geringen Maß von Erwartungen nach Spa gegangen sind, daß wir Spa als einen schweren Gang angesehen haben. Wer etwa noch mit einem gewissen Optimismus in die Verhandlungen eingetreten ist, der wurde sehr bald darüber belehrt, daß es keine Verhandlung war zwischen Gleichen und Gleichen, sondern daß die Verhandlung meistens beruhte auf einem durch ein Ultimatum noch verstärkten Diktat. Im Laufe der Tage hat sich ja die Verhandlungsart etwas verbessert, aber es ist doch immer der Eindruck geblieben, daß man nicht mit gleichem Recht am gleichen Tische sitzt, um eine Verständigung herbeizuführen. Zweimal sind wir vor die Frage gestellt worden, ob wir die Verhandlungen abbrechen und damit mit Sicherheit den Einmarsch der feindlichen Truppen ins Ruhrgebiet herbeiführen wollen, oder ob wir die Verhandlungen weiterführen und zum Abschluß bringen wollten, obgleich wir ja über die ungeheuer schweren Folgen unserer Unterschrift niemals im Zweifel gewesen sind. Wir haben uns gefügt, aber wir haben die Anerkennung der Drohung des Einmarsches ins Ruhrgebiet verweigert sowohl bei der Entwaffnung wie bei der Kohlenfrage. Bei der Entwaffnungsfrage durch protokolllarische Feststellung, der eine Anerkennung des großbritannischen Premierministers zur Seite ging und bei der Kohlenfrage durch den im diplomatischen Verkehr üblichen Vorbehalt bei der Unterschrift. Unser Rechtsstandpunkt, der basiert auf dem Völkerrecht und dem Versailler Frieden, ist unverändert gewahrt worden. Es bleibt dabei, daß die Durchsührung der Einmarschdrohung einen Gewaltakt bedeuten würde, zu dessen Durchführung uns voraus zu verpflichten, wir mit Entschiedenheit abgelehnt haben.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob unsere Rechtslage sich durch die Abmachungen in Spa gegenüber dem Versailler Frieden vergrößert habe. Diese Frage ist zum Teil bejaht worden. Die Delegation kann sich auf diesen Standpunkt nicht stellen. Sie ist nach wie vor der Überzeugung, daß unser Rechtsstandpunkt durch die Verhandlungen in Spa eine Änderung nicht erfahren hat. Eine andere Frage ist es allerdings, ob nicht in tatsächlicher Beziehung die Franzosen die Möglichkeit bekommen haben, die Situation durch die Verhandlungen in Spa zu ihren Gunsten zu ändern. Wenn sie vorher in Frankfurt einmarschiert sind, so latein sie das nur auf ihre eigene Verantwortung hin

und auch nur auf kurze Zeit. Durch die Verhandlungen in Spa ist es ihnen möglich, einstweilen die Mitwirkung der Alliierten zum Einmarsch zu verlangen und wenn die Alliierten mit zum Einmarsch bereit sind, dann handelt es sich nicht mehr um einen einseitigen Gewaltakt des einen Teils der Alliierten, sondern um einen Gewaltakt der Gesamtheit der Alliierten. Aber es gibt kein Mittel, diesen Einmarsch ins Ruhrgebiet mit allen seinen ungeheuren politischen Folgen zu verhindern als die sorgfältige Durchführung des Versailler Friedensvertrages bezw. der Abmachungen von Spa. Es ruht uns nicht, wir kommen nicht darum herum.

Entwaffnung und Kohlenfrage.

Wer etwa der Meinung war, daß es uns gelingen würde, wesentliche Milderungen zu erreichen, der ist durch die Verhandlungen in Spa eines andern belehrt worden und er wird gut daran tun, auf die Zukunft keine Hoffnung zu setzen, sondern die ganze Latenzkraft anzuwenden, um das Ergebnis von Spa auch wirklich zur Ausführung zu bringen in der Militärfrage sowohl wie in der Kohlenfrage.

In der Militärfrage standen wir vor der Tatsache, daß der 10. Juli vor der Tür stand, der Tag, an dem die im Versailler Vertrag vorgesehene Verminderung unserer Heeresstärke hätte eingetreten und die Entwaffnung hätte durchgeführt sein sollen. Wir haben in bezug auf die Reduktion unserer Reichswehr gut durchgearbeitete Vorschläge gemacht, die es uns ermöglicht hätten, unter Vermehrung von allen größeren Bedenken und Schwierigkeiten allmählich im Verlaufe von fünf Vierteljahren die Verminderung unseres Heeres durchzuführen. Wir haben damit in diesem Umfang keine offenen Ohren gefunden; wir haben nur eine Frist erhalten, immerhin eine Frist von einem halben Jahre.

Was nun die Entwaffnung anlangt, meine Damen und Herren, liegt es nun ob, uns in dem ganzen deutschen Volk, in allen Parteien und mit allen Kräften dafür einzusetzen, dieser Forderung unserer Feinde gerecht zu werden. Wenn wir aber in der Entwaffnung uns noch irgendwelchen Hoffnungen hingeben, so täuschen wir uns. Wir müssen die Entwaffnung unseres Volkes vollkommen herbeiführen. Es wäre unverantwortlich, jetzt Mühen und Streit im Innern des Volkes, unter den einzelnen Richtungen des Volkes anzufachen, wenn uns von außen der Einmarsch und das Chaos droht. (Sehr richtig!) Jetzt tritt die Verpflichtung an jeden Einzelnen, dem sein Vaterland lieb ist, allen den Auflagen nachzukommen, die wir in Spa auf uns genommen. Es ist auch richtig: es ist kein vertrauens-erregender Zustand, Waffen in so großer Zahl, wie es offenbar noch der Fall ist, in den Händen von Unbefugten zu wissen. Die Waffen gehören in die Hände derjenigen, die vom Staate zur Aufrechterhaltung der Ordnung berufen sind, und es ist eine staatliche Pflicht, dafür zu sorgen, daß diese Waffen in die richtigen Hände kommen. (Sehr richtig!) Es wird in den nächsten Tagen Ihnen alsbald eine Gefesvorlage zugehen, welche der Ablieferung der Waffen gerecht werden soll. Die Regierung hofft, daß Sie in eintätigem Geiste diese Gefesvorlage möglichst rasch verabschieden und daß bei Durchführung dann irgendwelche Schwierigkeiten in dieser Beziehung nicht entstehen.

In bezug auf die Kohlenfrage wissen wir ja wohl, daß es eine große Anzahl von Sachverständigen gibt, die der Meinung sind, daß das Abkommen, das wir unterschrieben haben, zur Ausführung nicht gebracht werden kann, daß es im Reiche des Unmöglichen liegt. Wir wissen auf der anderen Seite auch, daß solche Sachverständige, die Zweifel haben an der Möglichkeit, doch immerhin noch mit der Möglichkeit rechnen bei Anspannung aller Kräfte, bei dem Gebrauch aller Auswärtsmittel, die in dieser Beziehung uns geboten werden. Und wenn man vor der Gefahr steht, die Erhaltung des Reiches bedroht zu sehen, und das, was uns unmittelbar bei der Nichtunterzeichnung dieses Abkommens über die Kohlenfrage bevorstand, bedenkt, dann ergreift man überhaupt das letzte Mittel, was man glaubt, vielleicht im Reiche der Möglichkeit zu haben, um dem großen Unglück für das Vaterland vorzubeugen. Wir wissen allerdings, daß es der angespannten Kräfte des ganzen Volkes bedürfen wird, um auch auf diesem Gebiet den Anforderungen von Spa nachzukommen.

In allererster Linie bedarf es der Anspannung aller Kräfte unserer Bergarbeiter. Es ist eine schwere Aufgabe, bei dem ohnehin so schweren Dienst in der heißen Jahreszeit, bei den reduzierten körperlichen Kräften, bei der seelischen Ermattung in größerem Umfang Arbeit zu leisten als es bisher geschehen ist. Aber es ist wirklich ein erfreuliches Ereignis, was sich in Bochum abgespielt hat: die Bergarbeiterchaft ist sich der Schwere, der Höhe ihrer Aufgaben bewußt und hat dort in kraftvollen Entschlüssen ihre Vaterlandsliebe bekundet. (Leb. Beifall.) Wir müssen dafür sorgen, daß die bergarbeitende Bevölkerung in den Stand gesetzt wird, durch Verbesserung der Ernährung, der Bekleidung, der Wohnungsverhältnisse ihren schwierigen Arbeiten nachzugehen. Wir erkennen auch gern die große Arbeit, die schwierige Lage der Arbeiter im Transportgewerbe an und begrüßen dankbar, was im Reichswirtschaftsrat ein Vertreter des Transportgewerbes sachgemäß vorgebracht hat. Aber